

## **Antrag**

**der Abgeordneten Markus Meckel, Angelika Barbe, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Freimut Duve, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Stephan Hilsberg, Regina Kolbe, Walter Kolbow, Margot von Renesse, Rolf Schwanitz, Dr. Hartmut Soell, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Gunter Weißgerber, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD**

### **Arbeitsmöglichkeiten der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag unterstreicht seine Auffassung, daß die Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland politisch aufzuarbeiten, eine gemeinsame Aufgabe aller Deutschen ist. Ihr kommt auf dem Weg zur inneren Einigung Deutschlands besonderes Gewicht zu.

Der Deutsche Bundestag fordert daher im Interesse einer erfolgreichen Arbeit der mit dieser Aufgabe betrauten Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in der Bundesrepublik Deutschland“ die Bundesregierung auf,

- zu gewährleisten, daß künftig westdeutsche Zeitzeugen bei ihren Aussagen vor der Enquete-Kommission in ihrem Ausgarecht nicht beschränkt werden,
- sicherzustellen, daß der Zugang zu Archiven mit westdeutschen Akten zur Erfüllung des Arbeitsauftrages der Enquete-Kommission in vergleichbarer Art und Weise wie bei ostdeutschen Akten und gemäß § 5 Abs. 5 BArchG gewährleistet wird. Dies gilt insbesondere für die Unterlagen des Bundeskanzleramtes, des ehemaligen Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und des Auswärtigen Amtes, und
- dafür Sorge zu tragen, daß durch anderweitige Vereinbarungen zwischen der Enquete-Kommission und dem Bundesarchiv der ungehinderte Zugang zu den westdeutschen Akten ermöglicht wird.

**Begründung**

Der Deutsche Bundestag hält es für unabdingbar, daß die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ bei der Erfüllung ihres Auftrages, „im Dialog mit der Öffentlichkeit zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins und zur Weiterentwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur in Deutschland“ beizutragen (Drucksache 12/2597), nicht behindert wird.

Nach den bisherigen Erfahrungen schränkt die Bundesregierung allerdings westdeutsche Politiker, die an der inneren Willensbildung früherer Bundesregierungen beteiligt waren, in ihrem Ausagerecht ein, während von Zeitzeugen aus der ehemaligen DDR eine lückenlose und vollständige Darlegung aller Fakten erwartet wird. Gleichzeitig wird der Zugang zu westdeutschen Akten, die zur Erhellung der innerdeutschen Beziehungen wichtig sind, mit Verweis auf die im Bundesarchivgesetz vorgesehenen Sperrfristen verwehrt, während die Akten der ehemaligen DDR ohne Einschränkungen zur Verfügung stehen.

Die Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte darf sich nicht allein auf östliche Quellen stützen. Bleibt es bei den bestehenden Regelungen, kann sich dies für die erfolgreiche Erfüllung des Enquete-Arbeitsauftrages höchst nachteilig auswirken, da diese ohne die entsprechenden westdeutschen Quellen leicht zu einer Verzerrung der wirklichen Vorgänge und ihrer Hintergründe führen. Der Deutsche Bundestag plädiert daher nachdrücklich für die Aufhebung der unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu ost- und westdeutschen Akten.

Bonn, den 28. Februar 1994

**Markus Meckel**  
**Angelika Barbe**  
**Dr. Ulrich Böhme (Unna)**  
**Freimut Duve**  
**Evelin Fischer (Gräfenhainichen)**  
**Stephan Hilsberg**  
**Regina Kolbe**  
**Walter Kolbow**

**Margot von Renesse**  
**Rolf Schwanitz**  
**Dr. Hartmut Soell**  
**Dr. Peter Struck**  
**Wolfgang Thierse**  
**Gunter Weißgerber**  
**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**  
**Hans-Ulrich Klose und Fraktion**